



Die Bürgerinitiative für mehr Verkehrsberuhigung nimmt zur öffentlichen Auslegung des Lärmaktionsplans wie folgt Stellung:

Untätigkeit der Gemeindevertretung Glienicke

Die Untätigkeit der Gemeindevertretung den durch den zunehmenden Verkehr entstehenden Lärm zu bekämpfen, bzw. ruhige Gebiete davor zu schützen, ist nicht weniger als ein Armutszeugnis und wird im Lärmaktionsplan im Kapitel „Stand der Maßnahmenumsetzung seit 2013“ eindrucksvoll festgehalten: „Eine Umsetzung der Maßnahmen erfolgte bisher lediglich für die Hauptstraße vom Knotenpunkt Oranienburger Chaussee / Hauptstraße bis Höhe Hauptstraße 60. Weitere Maßnahmen zur Lärminderung wurden im Gemeindegebiet bisher nicht umgesetzt.“. Die einzige in vier Jahren umgesetzte Maßnahme zur Lärmreduktion wurde nicht durch „unsere“ Glienicker Gemeindevertreter beschlossen, sondern aus Oranienburg angeordnet. Eine Peinlichkeit die nur durch die dummdreisten Aussagen einiger Gemeindevertreter gegenüber lärmgeplagten Bürgern in den Fachausschüssen noch überboten wird.

Des Weiteren lässt die im Vorfeld des Lärmaktionsplans stattgefundene Diskussion um die von CDU und SPD gewünschte Ergänzung des Vorworts des Lärmaktionsplans tief blicken. Der betreffende, exkulpierte Passus bezüglich möglicher Einschränkungen durch das vom Auftragnehmer gewählte Lärmvorhersagemodell verrät die eigentliche Absicht von CDU und SPD den Lärmaktionsplan weiter unbeachtet zu lassen, bzw. die dort aufgestellten Forderungen zu dekonstruieren. Provinzieller als durch die Protagonisten dieses überaus peinlichen Vorgangs, geht es wirklich nicht!

Bürgerwunsch Verkehrsberuhigung

Urheber des Lärms sind ganz überwiegend auch die Glienicker Bürger. Die verbreitete Einstellung, seine eigenen Verkehrsprobleme über Glienicker Wohnstraßen möglichst schnell in Berliner Wohnstraßen „zu verklappen“ ist – vornehm formuliert – „unnachbarschaftlich“. Der Lärm ist definitiv und er stört die Anwohner in Glienicke und in Berlin massiv!

Das der Lärmaktionsplan die Alte Schildower Straße und die Lessingstraße unbeachtet lässt ist aus diesen Gründen ein Skandal! Nach eigenen, amtlichen Messungen der Gemeinde Glienicke (gerne in der Ferienzeit) fahren auf den beiden Straßen täglich ca. 6.000 Fahrzeuge. Die Lessingstraße bzw. Karlstraße und Alte Schildower Straße müssen demnach wieder in die Lärmkartierung aufgenommen werden (wie es 2012 auch der Fall war). Darauf aufbauend müssen geeignete Maßnahmen zur Lärmreduktion in diesen Straßen vorgenommen werden. Es nicht zulässig, den Lärm auf der Hauptstraße K6501 dadurch zu reduzieren, dass der motorisierte Kraftfahrzeugverkehr stattdessen über Nebenstraßen nach Berlin abfließt. Eine etwaige Missachtung dieser Forderungen würde eine gerichtliche Überprüfung des Lärmaktionsplans provozieren!



Bürgerwunsch Beteiligung

Als Mindestanforderung an die Bürgerbeteiligung wird für den Lärmaktionsplan empfohlen, einen Entwurf öffentlich auszulegen, incl. einer Einstellung ins Internet, um der Bevölkerung die Gelegenheit zu geben, sich in einer angemessenen Frist (ca. 6 Wochen) dazu zu äußern. Besser, aber auch aufwendiger ist es, die Bevölkerung schon aktiv beim Aufstellungsprozess der Lärminderungsmaßnahmen zu beteiligen, z.B. in Workshops oder über Internetforen. Einen Eintrag auf der Glienicker Startseite mit aktuellen Meldungen zum Lärmaktionsplan und zum Stellungnahmeverfahren sucht man hingegen ebenso vergebens, wie eine Kurze Erläuterung zum bereitgestellten Dokument. Weitere Bürgerbeteiligung ist in Glienicke offenkundig nicht gewünscht, bzw. wird gleich als reine „Beschäftigungsmaßnahme“ ohne Konsequenzen konzipiert (wie z.B. die im Lärmaktionsplan positiv gewürdigte „AG Verkehrskonzept“ und ihre Ideen). Ein riesiger, mit knappen Mitteln ausgestatteter Berliner Bezirk wie Reinickendorf mit seinen ca. 260.000 Einwohnern schafft es –im Dialog und in der Auseinandersetzung – bürgernäher und verbindlicher zu sein, als eine reiche, nur ca. 12.000 Einwohner zählende Gemeinde. Wer wie die Glienicker Gemeindevertreter von CDU und SPD die Probleme beharrlich leugnet, den Dialog verweigert und sich in zunehmend peinliche Ausflüchte zu retten versucht, der sollte sich ernstlich die Sinnfrage stellen.

Die konkreten Forderungen der Bürgerinitiative für mehr Verkehrsberuhigung mit Bezug auf den Lärmaktionsplan sind aus diesen Gründen:

1. Forderung: Verkehrsberuhigung für die Wohngebiete:

Weitestgehende Verkehrsberuhigung im Waldseeviertel und den betreffenden Glienicker Straßenzügen! Dazu mögen in der Schildower Straße/ Alte Schildower Straße und der Elsestraße/ Lessingstraße, an der Landesgrenze zu Berlin/Brandenburg, bauliche Veränderungen in der Art vorgenommen werden, dass dort keine motorisierten Kraftfahrzeuge zwischen Glienicke und Reinickendorf durchfahren können.

Begründung:

Diese Straßen sind weit über der (teils auch baulich zulässigen) Höchstlast mit PKW–Verkehr belastet. Phasenweise kommt es eindeutig zur Überschreitung der Lärmhöchstgrenzen. Die Höchstgeschwindigkeiten werden von der Mehrheit der Verkehrsteilnehmer nicht eingehalten. Die Verkehrssituation auf der Berliner Seite ist durch die doppelte Verkehrslast (Addition der Verkehrslasten aus der Alten Schildower Straße und der Lessingstraße in der Schildower Straße) vollständig unzumutbar!

2. Forderung: Berücksichtigung der Karlstraße/ Alte Schildower Straße und Lessingstraße im Lärmaktionsplan

Beide Straßenzüge müssen mit allen notwendigen Konsequenzen Teil der Lärmkartierung werden!

Begründung:

Es ist nicht zulässig Straßen mit derart hohem Verkehrsaufkommen unberücksichtigt zu lassen.



3. **Forderung: Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit im gesamten Gemeindegebiet**

Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit im gesamten Glienicker Gemeindegebiet auf Tempo 30.

Begründung:

Reduktion des Lärmaufkommens im gesamten Glienicker Gemeindegebiet.

4. **Forderung: Ausweitung des „ruhigen Gebiets“**

Ausweitung des „ruhigen Gebiets“ (siehe Grafik) auf die fälschlicherweise als verbundene Straßen ausgewiesene Leopoldstraße und Jungbornstraße (beides Sackgassen)!

Begründung:

Das ruhige Gebiet ist faktisch derzeit im Westen durch die Alte Schildower Straße begrenzt und nicht durch das Fließ. Die begrüßenswerte Maßnahme, diese Straße vom Durchgangsverkehr abzubinden war ein aktiver Beitrag zum Lärmschutz und sollte durch die Ausweitung des ruhigen Gebiets goutiert werden. Die Darstellung im ausliegenden Lärmaktionsplan ist aber in jedem Fall korrekturbedürftig (vgl. Ergänzung zur Ausweitung des ruhigen Gebiets in der Grafik unterhalb).

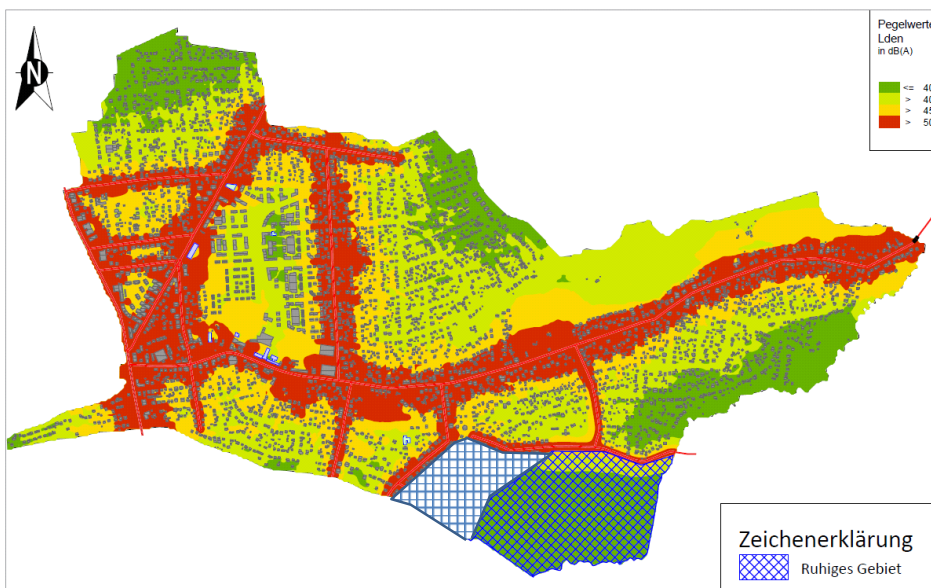



Abbildung 10-11 Ermittlung 'Ruhiger Gebiete'

Fälschlicherweise als Lärmbelastet ausgegebene Straßen: Jungbornstraße und Leopoldstraße sollten Teil des „ruhigen Gebiets“ werden (schraffiert = Ausweitung) 



Fazit: Untätigkeit der Gemeinde Glienicke in Sachen Lärmschutz

Die Gemeinde Glienicke kommt ihrer Verpflichtung, die Bürger vor Lärm zu schützen seit vielen Jahren nicht nach. Die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen wird bewusst verschleppt. Der vorliegende Lärmaktionsplan ist der dokumentierte Unwille der Glienicker Gemeindevertretung zu handeln. Die über viele Jahre stattfindende Zunahme des Verkehrsaufkommens geht zu Lasten der Glienicker – insbesondere aber auch der Berliner – Wohngebiete. Die Bürgerinitiative für mehr Verkehrsberuhigung wird die nun anstehenden Beschlüsse der Gemeinde Glienicke zum Lärmaktionsplan genau beobachten und rechtliche Schritte prüfen.

Für die Bürgerinitiative für mehr Verkehrsberuhigung

Johannes Wolff (Glienicke) – Ansprechpartner und Verfasser

Susanne Tiefenthal (Glienicke)

Sven Henschke (Glienicke)

Dr. Anja Laude (Berlin)

Philipp Rohwetter (Berlin)

Wolfgang Popp (Berlin)

Ulrich Swienteck (Berlin)